

Zehn-Punkte-Plan des Deutschen Bauernverbandes für die Agrar- und Umweltpolitik auf europäischer Ebene

Der DBV setzt mit zehn klaren Forderungen ein kraftvolles Signal für weitere umfassende Reformen in der europäischen Agrar- und Umweltpolitik. Den Ankündigungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Vereinfachung müssen nun Taten folgen. Dafür braucht es den vollen Einsatz und politischen Willen seitens EU-Kommission, Europaabgeordneten und Bundesregierung. Diese Forderungen sind bei entsprechendem Willen umsetzbar und haben positive Effekte auf Entlastung, Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit.

1. **EU-Haushalt (MFR-Paket) und Gemeinsame Agrarpolitik (GAP):** Zweckgebundenes, erhöhtes Agrarbudget mit mindestens 500 Mrd. Euro sichern und GAP-relevante Definitionen und Steuerungselemente von dem Einheitsfond (NRPP-VO) in die GAP-Verordnung übertragen. Die zweite Säule der GAP (ELER) ist für die ländliche Entwicklung unverzichtbar. Ein ebenso eigenständiges und zweckgebundenes Budget für die ländlichen Räume von mindestens 100 Mrd. Euro ist daher zwingend notwendig.
2. **Pflanzenschutz-Omnibus:** Für einen wirksamen gesetzlichen Rahmen zum Pflanzenschutz ist ein einheitliches EU-Zulassungsverfahren auf Basis einer risikoorientierten Zulassung notwendig. Die Einstufung der Aussaat von gebeiztem Saatgut als Pflanzenschutzmaßnahme muss aus dem aktuellen Kommissionsvorschlag gestrichen und die Dokumentationspflicht auf ein fachlich angemessenes Maß reduziert werden. Der bedarfsgerechte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln muss für die Zukunft sichergestellt und der Kommissionsvorschlag bei den konventionellen Mitteln anpasst werden.
3. **Umwelt-Omnibus und Naturwiederherstellungsverordnung (NRL):** Ursprünglichen Anwendungsbereich der Industrieemissionsrichtlinie hinsichtlich der Schwellenwerte für Genehmigungsverfahren von Tierhaltungsanlagen wiederherstellen sowie für NRL einen „Stop-the-clock“-Mechanismus und deutliche Überarbeitung für die Verordnung umsetzen.
4. **Entwaldungs-Verordnung (EUDR):** Einführung einer vierten Risikokategorie, um betroffene Land- und Forstwirte aus Ländern ohne Entwaldungsrisiko von Dokumentations- und Berichtspflichten auszunehmen.
5. **Öko-Verordnung:** Ökologische Tierhaltung erhalten und Weidepflicht praxisgerechter gestalten. Bei den Auslaufüberdachungen in der Rinder- und Schweinehaltung braucht es einen Bestandsschutz.
6. **Saatgutrecht (Pflanzliches Vermehrungsgut – PRM):** Europäische Sortenzulassung und Saatgutertifizierung erhalten und technische Stellschrauben in den Trilogen zur PRM-Verordnung mitgestalten.
7. **Tierhaltung (Tiertransport-VO und Nutztierhaltungsstrategie):** Die Zusammenhänge zwischen arbeitsteiliger Landwirtschaft, Tierschutz und Tiergesundheit werden im aktuellen Entwurf nicht ausreichend berücksichtigt. Für die weiteren Verhandlungen ist der Erhalt der Ausnahmeregelung für Sammelstellen unverzichtbar. Zudem müssen praxisgerechte Vorgaben für den Verladevorgang etabliert werden, während sich Vorgaben zu Extremtemperaturen und zum Mindestalter nicht abgesetzter Tiere am bewährten deutschen Recht orientieren sollten.
8. **UTP-RL:** UTP-Revision unterstützen, UTP-Regelungen beibehalten und erweitern, nationale Durchsetzungsbehörden stärken, Angst vor Vergeltungsmaßnahmen entgegenwirken, keine Verwässerung des erreichten Mindestschutzes, regelmäßige Anpassung/Erweiterung, generelles Verbot der Praktiken statt Einteilung in schwarze und graue Verbotspraktiken, Vereinfachung der Umsetzung durch Abschaffung der Umsatzschwellenwerte, Verbot des Verkaufs unter Produktionskosten ist angesichts hoher Bürokratiekosten und schwieriger Administration abzulehnen.
9. **Handelspolitik:** Agrarexportstrategie europäisch umsetzen und neue Märkte öffnen. In Handelsabkommen offensive Interessen im Agrarhandel durchsetzen und sensible Produkte sowie europäische Produktionsstandards schützen. Auch müssen heimisch produzierte agrarische Erzeugnisse deutlich differenzierbar von Importware sein. Dafür braucht es konsequente Herkunftskennzeichnungen.
10. **Europäischer Energie- und Düngemittelmarkt:** Stärkung einer europäischen Produktion und Sicherung der Versorgung mit erneuerbaren Energien und Düngemitteln zu wirtschaftlich tragbaren Bedingungen. Insbesondere für die Düngemittelmärkte wird eine höhere Markttransparenz, Diversifizierung der Bezugsquellen sowie der Abbau von ungerechtfertigten Zollschränken für Importware gefordert.